

Stellungnahme der SPD-Fraktion Garbsen

zum CDU-Presserverteiler vom 22.08.2025

Die SPD-Fraktion weist die jüngsten Vorwürfe von Herrn Pilarski entschieden zurück. Seine Behauptungen sind nicht nur falsch, sondern zeigen einmal mehr, dass er weder das Verfahren versteht noch am Wohl der Bürgerinnen und Bürger interessiert ist.

1. Transparente Information des Rates

Grundsätzlich muss nicht jede Bauvoranfrage dem Rat vorgestellt werden. Aufgrund der besonderen Bedeutung dieses Themas hat sich die Verwaltung jedoch bewusst entschieden, die Bauvoranfrage im Rat zu thematisieren. Das ist ein Ausdruck von Transparenz und Verantwortungsbewusstsein. Der Versuch von Herrn Pilarski, dies ins Gegenteil zu verdrehen, ist ein durchsichtiges politisches Manöver.

2. CDU-Missbrauch von Verfahren

Die CDU hat den Rat sogar mit einem Antrag auf eine **Veränderungssperre** befasst – obwohl im Verfahren einer Bauvoranfrage eine solche Entscheidung überhaupt nicht vorgesehen ist. Ziel war einzig und allein, die muslimische Gemeinde zu blockieren und deren Antrag zu verhindern. Eine solche Sperre wäre rechtswidrig gewesen und hätte die Stadt angreifbar gemacht. Wer so vorgeht, spielt nicht mit offenen Karten und stellt Parteipolitik über geltendes Recht.

3. Schmutzige Instrumentalisierung

Besonders unanständig ist der Versuch von Herrn Pilarski, den Besuch des türkischen Generalkonsuls in Verbindung mit der Bauvoranfrage zu bringen. Dieser Besuch hatte nichts mit dem Verfahren zu tun. Schon frühere CDU-Bürgermeister pflegten gute Beziehungen zu Konsultsvertretern. Dieses normale diplomatische Protokoll für billige Parteipolitik zu missbrauchen, ist schäbig und beschädigt das Ansehen Garbsens.

4. SPD setzt auf Lösungen statt Populismus

Im Gegensatz zu Herrn Pilarski und der CDU ist die SPD-Fraktion daran interessiert, eine Lösung zu finden, die sowohl den Bedürfnissen der muslimischen Gemeinde nach einem Gebetshaus als auch den berechtigten Anliegen der Anwohnerinnen und Anwohner gerecht wird. Dafür ist jedoch zunächst der eigentliche Bauantrag abzuwarten. Dieser Antrag wird selbstverständlich nach den geltenden Gesetzen und Vorschriften geprüft – sachlich, rechtssicher und transparent. Nur so lassen sich tragfähige Lösungen erreichen.

5. Pilarski handelt nur für sich – nicht für Garbsen

Herr Pilarski versucht zum dritten Mal, Bürgermeister zu werden. Nachdem ihn seine frühere Partei, die Grünen, aufs Abstellgleis gestellt hat, sucht er nun bei der CDU sein Glück. Seine wiederholten Angriffe dienen nicht den Bürgerinnen und Bürgern, sondern ausschließlich seinem persönlichen Machtstreben. Herr Pilarski beweist mit seinem Verhalten, dass er nicht an Lösungen für die Stadt interessiert ist, sondern nur an seiner eigenen Karriere. Wer so handelt, hat sich als Bürgermeisterkandidat längst disqualifiziert.

Fazit:

Die Verwaltung hat korrekt und transparent gehandelt. Die SPD-Fraktion wird weiterhin auf einen fairen, rechtskonformen und konstruktiven Umgang in dieser Angelegenheit achten – im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger Garbsens.

